

Zur Reichstagswahl im 7. württ. Wahlkreis.

(Eingefandt.) Konservative und liberale Wähler auch des Bezirks Neuenbürg empfehlen in der Freitagsnummer ds. Bl. vom 12. Juni diesmal Wahlenthaltung. Der langen Rede kurzer Sinn des Artikels ist: Schrempf hat uns durch seine Haltung in der Zolltarifffrage geärgert, er ist uns zu landwirtschafts- und handwerkerfreundlich geworden, er gibt Handel und Industrie preis und tritt zu sehr für die Interessen des Mittelstandes ein. Mit den Demokraten können und wollen wir nicht gehen, deshalb verzichten wir diesmal lieber auf die Ausübung unseres Wahlrechts.

Wir bemerken dazu Folgendes: Wenn Schrempf die Interessen der 80% Kleingewerbetreibenden und landwirtschaftlichen Wähler des 7. Wahlkreises mit Eifer und Nachdruck vertreten hat, so war das einfach seine Pflicht. Daß er der Großindustrie darum nicht feindlich gesinnt ist, wissen wir bestimmt. Die Begründung seiner Abstimmung in der Zolltarifffrage haben wir in den von ihm veranstalteten Wählerversammlungen vernommen.

Wir möchten aber doch diesen verärgerten Politikern gegenüber die Frage erlauben: Ist bis jetzt irgend ein Schaden durch Schrempfs Haltung entstanden? Weiß irgend jemand, wie die künftigen Handelsverträge aussehen werden?

Abgesehen von den Mindestzöllen auf Getreide — die im wesentlichen schon in den Jahren 1887—92, also zu Bismarcks Zeiten, in Kraft waren — hat die Reichsregierung völlig freie Hand mit den Zollsätzen herabzugehen bis auf den Nullpunkt.

Hat Schrempf nicht sein Mandat fleißig und gewissenhaft ausgeübt? Ist er nicht bei allen wichtigen Beratungen und Abstimmungen in Berlin gewesen? Hat er es nicht mit seinen Verpflichtungen ernst genommen und hat er nicht stets seine Wähler von dem Gang der Reichstagsverhandlungen unterrichtet?

Wie fragen ferner: Hat Schrempf nicht in großen nationalen Fragen seine echt deutsche Gesinnung bewiesen? Wie mannhaft und unerschrocken ist Schrempf z. B. für die Interessen der Deutschen in Ungarn und Polen eingetreten! Er hat sich nicht scheut, der Reichsregierung in dieser Sache gründlich die Wahrheit zu sagen.

Ist Schrempf nicht unermüdlich für die Veteranen und deren Hinterbliebenen eingetreten? Hat Schrempf nicht jederzeit ein warmes Herz für die Bedrängten und Bedrückten gezeigt?

Ist es deshalb gerecht, ihn ungehört zu verdammen? Wenn er den Wählern Bericht erstattete, so glänzten die verärgerten Herren gewöhnlich durch ihre Abwesenheit.

Haben in früheren Jahren die Bauern und Handwerker, die Kaufleute und kleinen Händler nicht auch für die großindustriellen Vertreter unseres Wahlkreises gestimmt? Warum sollen nun nicht umgekehrt die Industriellen, welche bereits sehr hohe Schutzzölle genießen, auch einmal für den Mittelstand eintreten?

Welche Wirkung würde es nun haben, wenn tatsächlich „viele konservative und liberale Wähler“ sich der Abstimmung enthalten wollten? Wir hätten dann die Freuden einer Stichwahl mit der demokratischen und sozialdemokratischen Partei durchzulassen.

Vom ruhig besonnenen Standpunkt aus möchten wir deshalb der national gesinnten Wählerschaft empfehlen, sich von dieser Kerngepolitik nicht anstecken zu lassen. Kleine Differenzpunkte gibt es ja in jeder Partei und wir möchten den Abgeordneten lernen lernen, der es allen Recht machen würde. Selbst in der zielbewußten sozialdemokratischen Partei zeigen sich gewisse Unterschiede in den Anschauungen der Führer. Wir sind der Ansicht, es sollte in dem Wahlkampf nicht so sehr das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Anschauungen der Wähler verwandter Parteien zum Ausdruck kommen. Das gemeinsame Ziel aber der rechtsstehenden Parteien besteht in der Stärkung und dem Ausbau der deutschen Ein-

heit und Größe in nationalem Sinn. In diesem Punkte ist Schrempf stets Schulter an Schulter mit der deutschen Partei gestanden.

Wer der Ueberzeugung ist, daß der „bedrängten, mit mancherlei Not und Schwierigkeiten kämpfenden Landwirtschaft Unterstützung zu Teil werden muß“, wer eintreten will für die Erhaltung eines kräftigen deutschen Mittelstandes, für den Handwerker und Kaufmann, wer will, daß der 7. Reichstagswahlkreis wie bisher national vertreten sein soll, der lasse sich nicht durch augenblickliche und hereingetragene Verstimmungen verwirren, sondern gebe am Wahltag seine Stimme unserm feitherigen wohlbewährten Abgeordneten Friedrich Schrempf.

Ein letztes Wort zum 16. Juni!

Am 16. Juni 1871 zog Wilhelm der Große an der Spitze der siegreichen Truppen in seine Haupt- und Residenzstadt wieder ein, — nach einem Feldzuge ohne Gleichen, nach einer Politik, die durch Blut und Eisen und ein geeinigtes Vaterland schuf. An demselben Tage, 32 Jahre später, sollen wir an die Wahlurne treten, um dem hohen Entel des entschlafenen ersten Kaisers die Männer zu bezeichnen, mit denen seine Räte über das Wohl des Vaterlandes 5 Jahre zu beraten haben werden. Zudem wir uns anschicken, unsere Stimme abzugeben, gedenken wir freudig des gewaltigen Aufschwungs, den wir dank Kaiser und Reich unter dem Schirm des Friedens seitdem erfahren haben. Da ist doch wohl nichts natürlicher und selbstverständlicher, als solche Männer zu küren, die auf den Wegen gehen, auf denen so großartige Fortschritte gemacht sind.

Zu diesen Männern gehören die Sozialdemokraten nicht. Die Sozialdemokraten sind vaterlandslos; sie wollen nicht die gegenwärtigen Zustände auf der Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung verbessern, sondern die Unzufriedenheit im Volke vermehren, um den Boden für ihren nebelhaften „Zukunftsstaat“ zu bereiten, von dem sie selbst nur wissen, daß der Weg dahin durch Blut und über Leichen führt. Zu diesem Zwecke suchen sie die Religion auszurotten, sowie die Liebe zu Kaiser und Reich zu töten, haben sie alle Geseze bekämpft, die das Vaterland stärken, die der schaffenden Arbeit in Stadt und Land helfen sollten. Wäre es nach den Sozialdemokraten gegangen, so würden die Arbeiter, die Frauen, die Kinder des Säugens entbehren, den ihnen die von keinem andern Volke erreichten sozialpolitischen Geseze gewährleisten; dann würde der Arbeiter nicht die Rechtseinheit genießen, die durch das bürgerliche Gesezbuch geschaffen ist, und deren gerade er so dringend bedarf; dann würden die wirksamsten Reformen der letzten 20 Jahre die ihm und seinen Angehörigen das Leben erleichtern, gescheitert sein. Wenn die Sozialdemokraten durch die Unterstützung der Wähler ihr Ziel erreichen, dann können alle den Vettelack umhängen; dann stehen allerdings, wie die Sozialdemokraten den Arbeitern schmeichlerisch vorsingen, „alle Köder still“, aber mit den Nädern auch die Arbeit und der Verdienst. Wer also sozialdemokratisch stimmt, der schneidet sich ins eigene Fleisch.

An diesem Dienstag kann jeder Wähler dazu beitragen, daß die unheilvollen Pläne der Sozialdemokratie zu schanden werden. Wir wenden uns in letzter Stunde an die, die aus politischer Gleichgültigkeit, aus Abneigung gegen das Wählen, oder weil ihnen die Kandidaten nicht gefallen, sich der Wahl enthalten wollen. Denn gerade auf sie kommt es an; bei ihnen liegt die Entscheidung. Die Erfahrungen, die bei den letzten Reichstagswahlen gemacht worden sind, beweisen, daß diese Säumigen und Widerwilligen überwiegend nicht der Sozialdemokratie, sondern den andern Parteien angehören. Größer als je ist jetzt ihre Verantwortung. Sie begünstigen, wenn sie der Wahlurne fernbleiben, die revolutionäre Sozialdemokratie, handeln also im höchsten Grade unpatriotisch. Unser Ruf geht aber auch an alle die, die in der Lage sind, die Launen und Schwankenden aufzurütteln. Jeder weise die, auf die er Einfluß hat, mit Ernst und Strenge darauf hin, daß es eine Ehrenpflicht ist, an der Wahl teilzunehmen und zu helfen, der Sozialdemokratie

eine Niederlage zu bereiten. Das Vaterland erwartet, daß jeder seine Schuldigkeit tut. Gegen die völkerverderbende Sozialdemokratie! sei die Parole am Wahltag.

Religion ist den Sozialdemokraten nicht Privatsache, sondern ihr Ziel ist nach Aussage der Führer, die Vernichtung alles Christentums. Dafür können täglich Beispiele angeführt werden: Der französische Sozialistenführer Jaures mußte sich vor der Partei verantworten, weil er seine Tochter mit zur heil. Kommunion gehen ließ. Am 11. Juni 1903 weigerten sich die Pariser sozialdemokratischen Vereine, am Begräbnisse der Tochter Bourgois teilzunehmen, weil das Begräbnis einen kirchlichen Charakter hatte. Kein Christ kann und darf sozialdemokratisch wählen!

Gerechtigkeit und Wahrheit!

Unverschämter ist wohl noch in keinem Wahlflugblatt gelogen worden wie in der 3. Nummer des „Reichstagswählers“. Während die sozialdemokratische Partei in derselben als die einzige Partei hingestellt wird, welche „wahre Mittelstandspolitik“ getrieben hätte und allein als Retter des Mittelstandes berufen sei, hat kurz vor Erscheinen dieses Blattes der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ledebour in einer Berliner Wählerversammlung wörtlich folgendes gesagt: „Die Sozialdemokratie hat mit den Mittelstandsparteien absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, d. h. der Handwerker, Ladenbesitzer, kleinen Industriellen usw. zu vertreten, da auch diese nur zu der Klasse der Ausbeuter gehören. Die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, die in ihrer Existenz bedrohten kleinen Gewerbetreibenden zu schützen und zu stützen, sondern es liegt nur in der Absicht der Sozialdemokratie, daß diese Elemente, die dem Existenzkampf nicht gewachsen sind, ihre Selbständigkeit aufgeben; auf irgend welche Hilfe gegen die Pressionen des Großkapitals, der Großindustrie, der Großbuzare, der Konsumvereine usw. hat der Mittelstand seitens der Sozialdemokratie nicht zu hoffen, sondern es wird gerade das Bestreben der Sozialdemokratie sein, solche Bazare, Großindustrien usw. im Kampfe gegen den Mittelstand zu unterstützen.“

Hiernach unterliegt es wohl keinem Zweifel mehr, daß die Sozialdemokratie, wenigstens in ihren Führern, keine Vertreterin der redlichen Arbeit, sondern eine Gehilfin des internationalen Großkapitals ist, mit dem sie gemeinsam an dem Ruin alles selbständigen Bürger- und Bauerntums arbeitet.

Stuttgart, 12. Juni. Beim Herannahen der Reichstagswahlen wird es nicht überflüssig sein, die wichtigsten Bestimmungen, durch welche sich das Wahlverfahren bei den Reichstagswahlen von den Vorschriften des Landtagswahlrechts unterscheidet, nochmals hervorzuheben. Nach § 17 Absatz 1 des Reichstagswahlgesetzes muß bei den Reichstagswahlen mit dem Schlage 7 Uhr abends die Abstimmung geschlossen werden. Nach 7 Uhr dürfen bei Gefahr der Nichtigkeit des ganzen Wahlakts keine Stimmzettel, auch nicht von solchen Wählern, welche längst vor 7 Uhr das Wahllokal betreten haben, mehr angenommen werden. Es empfiehlt sich daher für die Wähler dringend, möglichst frühzeitig zur Abstimmung zu gehen. Nicht minder wichtig ist es für den Wähler zu wissen, daß nach § 15 Absatz 1 des Wahlgesetzes der Wähler nicht selbst den Umschlag mit dem Stimmzettel in die Urne legen darf, sondern daß er den Umschlag dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter zu übergeben hat, welcher ihn in die Wahlurne legt. Daß nach § 21 des Wahlgesetzes auch alle zur Abstimmung benutzten Umschläge, soweit sie nicht dem Protokolle beizufügen sind, solange versiegelt aufzubewahren sind, bis der Reichstag die Wahl definitiv für gültig erklärt hat, ist eine Bestimmung, die zunächst nur für die Wahlvorsteher und deren Vertreter von Bedeutung ist.

es.
Blatt.
Nr. 92.
Neuenbürg, Montag den 15. Juni 1903.
61. Jahrgang.
Zur Reichstagswahl im 7. württ. Wahlkreis.
Wir bemerken dazu Folgendes: Wenn Schrempf die Interessen der 80% Kleingewerbetreibenden und landwirtschaftlichen Wähler des 7. Wahlkreises mit Eifer und Nachdruck vertreten hat, so war das einfach seine Pflicht. Daß er der Großindustrie darum nicht feindlich gesinnt ist, wissen wir bestimmt. Die Begründung seiner Abstimmung in der Zolltarifffrage haben wir in den von ihm veranstalteten Wählerversammlungen vernommen.
Wir möchten aber doch diesen verärgerten Politikern gegenüber die Frage erlauben: Ist bis jetzt irgend ein Schaden durch Schrempfs Haltung entstanden? Weiß irgend jemand, wie die künftigen Handelsverträge aussehen werden?
Abgesehen von den Mindestzöllen auf Getreide — die im wesentlichen schon in den Jahren 1887—92, also zu Bismarcks Zeiten, in Kraft waren — hat die Reichsregierung völlig freie Hand mit den Zollsätzen herabzugehen bis auf den Nullpunkt.
Hat Schrempf nicht sein Mandat fleißig und gewissenhaft ausgeübt? Ist er nicht bei allen wichtigen Beratungen und Abstimmungen in Berlin gewesen? Hat er es nicht mit seinen Verpflichtungen ernst genommen und hat er nicht stets seine Wähler von dem Gang der Reichstagsverhandlungen unterrichtet?
Wie fragen ferner: Hat Schrempf nicht in großen nationalen Fragen seine echt deutsche Gesinnung bewiesen? Wie mannhaft und unerschrocken ist Schrempf z. B. für die Interessen der Deutschen in Ungarn und Polen eingetreten! Er hat sich nicht scheut, der Reichsregierung in dieser Sache gründlich die Wahrheit zu sagen.
Ist Schrempf nicht unermüdlich für die Veteranen und deren Hinterbliebenen eingetreten? Hat Schrempf nicht jederzeit ein warmes Herz für die Bedrängten und Bedrückten gezeigt?
Ist es deshalb gerecht, ihn ungehört zu verdammen? Wenn er den Wählern Bericht erstattete, so glänzten die verärgerten Herren gewöhnlich durch ihre Abwesenheit.
Haben in früheren Jahren die Bauern und Handwerker, die Kaufleute und kleinen Händler nicht auch für die großindustriellen Vertreter unseres Wahlkreises gestimmt? Warum sollen nun nicht umgekehrt die Industriellen, welche bereits sehr hohe Schutzzölle genießen, auch einmal für den Mittelstand eintreten?
Welche Wirkung würde es nun haben, wenn tatsächlich „viele konservative und liberale Wähler“ sich der Abstimmung enthalten wollten? Wir hätten dann die Freuden einer Stichwahl mit der demokratischen und sozialdemokratischen Partei durchzulassen.
Vom ruhig besonnenen Standpunkt aus möchten wir deshalb der national gesinnten Wählerschaft empfehlen, sich von dieser Kerngepolitik nicht anstecken zu lassen. Kleine Differenzpunkte gibt es ja in jeder Partei und wir möchten den Abgeordneten lernen lernen, der es allen Recht machen würde. Selbst in der zielbewußten sozialdemokratischen Partei zeigen sich gewisse Unterschiede in den Anschauungen der Führer. Wir sind der Ansicht, es sollte in dem Wahlkampf nicht so sehr das Trennende, sondern das Gemeinsame in den Anschauungen der Wähler verwandter Parteien zum Ausdruck kommen. Das gemeinsame Ziel aber der rechtsstehenden Parteien besteht in der Stärkung und dem Ausbau der deutschen Ein-



Ein letztes Wort an die Wähler!

Der Kandidat für den Reichstag

Friedrich Schrempf

hat sich den Wählern in Stadt und Land vorgestellt und seine Grundsätze in trefflicher Weise offen dargelegt.

Er ist ein Mann, der das Vertrauen seiner Wähler in vollstem Maße verdient und entschieden für den Schutz und die Förderung des gesamten Mittelstandes in Gewerbe und Landwirtschaft eintritt.

Es ist unwahr:

1. daß Schrempf bloß für die Bauern sorgen will und sorgt. Vielmehr sorgt er nachweislich auch für die Interessen des Kaufmanns und Handwerkers, sowie der Arbeiterschaft.
2. daß Schrempf im Solde der norddeutschen Großgrundbesitzer steht. Es ist dies eine erbärmliche Wahllüge und freche Verleumdung.
3. daß Schrempf das allgemeine direkte geheime Wahlrecht antasten will.

Wahr ist dagegen:

1. daß Schrempf für die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Militärdienstzeit eintritt.
2. daß er stets für die Erhaltung der Wehrkraft des Reichs eingetreten ist, weil sie die sicherste Gewähr für die Erhaltung des Friedens bietet und die Opfer hierfür kleine sind gegenüber den unberechenbaren Verlusten eines Krieges.
3. daß er für eine kräftige Unterstützung der Veteranen mit Wort und Tat eingetreten ist und dies auch künftig tun will.

Wähler! Mitbürger!

Die Entscheidung naht! Es wird Euch nicht schwer fallen, den richtigen Mann für den Reichstag zu finden.

Unser bisheriger Abgeordneter Friedrich Schrempf hat mit größter Gewissenhaftigkeit sein Mandat ausgeübt. Er ist der Mann, der auch im künftigen Reichstag Eure Interessen aufs Beste zu wahren suchen wird.

Darum mache jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch, bleibe keiner zu Hause, werbe vielmehr neue Freunde und gebe seine Stimme unserem seitherigen wohlbewährten Abgeordneten

Friedrich Schrempf!

Redaktion, Druck und Verlag von C. Meck in Neuenbürg.